

EISNER WIRD ERMORDET

Die Wahlen zum verfassungsgebenden Landtag am 12. Januar 1919 wurden in Bayern zum Desaster für die dortige provisorische Regierung. Die konservative Volkspartei – Nachfolgerin des Zentrums – erhielt mehr Stimmen und Mandate als beide sozialistischen Parteien zusammen. Kurt Eisner beschloss daraufhin, als bayerischer Ministerpräsident zurückzutreten. Auf dem Weg zur Bekanntgabe seines Rücktritts wurde er am 21. Februar 1919 von dem Offizier Anton Graf von Arco auf Valley ermordet. Bei den daraufhin ausbrechenden Tumulten im Bayerischen Landtag wurde der Vorsitzende der Bayerischen Sozialdemokratie und spätere Vizepräsident des Bayerischen Landtages (1919–1933), Erhard Auer, schwer verletzt.



Mahnwache nach dem Tod Eisners

FREISTAAT BAYERN



Der Landtag in Bamberg

BAMBERGER VERFASSUNG

Am 15. September 1919 trat die erste demokratische bayerische Verfassung in Kraft, benannt nach ihrem Entstehungsort Bamberg. Sie bezeichnete Bayern als »Freistaat und Mitglied des Deutschen Reiches«, sah eine eigene bayerische Staatsbürgerschaft vor und enthielt einen eigenen Grundrechtekatalog. Zum ersten Mal erhielten in Bayern auch Frauen das Wahlrecht.

- § 1. (1) Bayern ist ein Freistaat und Mitglied des Deutschen Reiches. Die bisherigen Landes- teile Bayerns in ihrem Gesamtbestande bilden das Staatsgebiet.
(2) Die Landesfarben sind weiß und blau.
- § 2. Die Staatsgewalt geht von der Gesamtheit des Volkes aus.
...
- § 6. Staatsbürger ist ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechtes, des Glaubens und des Berufes jeder Angehörige des bayerischen Staates, welcher das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat.



ORDNUNGSZELLE BAYERN

Bayern wurde unter dem neuen Ministerpräsidenten Gustav von Kahr zur Keimzelle der Reaktion. Linke Gruppen wurden verfolgt, während die radikale Rechte unbehindert agieren konnte. Die Justiz war häufig auf dem rechten Auge blind. Dieses Klima förderte den Aufstieg Adolf Hitlers und seiner Partei. Während des Hitler-Putsches im November 1923 wurden die Räume der »Münchner Post« verübt und SPD-Funktionäre als Geiseln genommen. Die Vorgänge rund um den Putsch waren Gegenstand eines Untersuchungsausschusses im Landtag, den der junge Abgeordnete Wilhelm Hoegner angeregt hatte. Gegen die konservative Mehrheit konnte Hoegner jedoch wenig ausrichten.

RÄTEREPUBLIK IN BAYERN

Der Mord an Eisner radikalisierte die Situation. Erst am 17. März trat der Landtag wieder zusammen und wählte Johannes Hoffmann, Kultusminister unter Eisner, zum Ministerpräsidenten. Es gelang ihm jedoch nicht, die politische Lage zu stabilisieren. Als am 8. April in München die Räterepublik ausgerufen wurde, floh die Regierung Hoffmann nach Bamberg. Kommunisten übernahmen die Führung der Räteregierung.

Die Regierung Hoffmann rief Truppen des Reichs und Freikorps zu Hilfe, die Anfang Mai München in zweitägigen Kämpfen zurückeroberten. Während des Einmarschs und in der Zeit danach wurden nach amtlichen Angaben in München 186 Menschen standrechtlich erschossen und 184 erschlagen.



Einmarsch von Soldaten in München

DIE SPD GEHT IN DIE OPPOSITION

Im März 1920 putschten Teile der Reichswehr gegen die Republik und deren Regierung. Durch einen Generalstreik der Gewerkschaften und den Widerstand der Reichsverwaltung brach der sogenannte Kapp-Putsch nach wenigen Tagen zusammen, in Bayern führte er jedoch zum Rücktritt der Regierung Hoffmann. Die Münchner Reichswehrführung wollte den Putsch nutzen, um zusätzliche Befugnisse zu erlangen. Dies lehnte Hoffmann ab, stand damit aber in seinem Kabinett allein und trat deshalb am 14. März 1920 als Ministerpräsident zurück. Die SPD ging in die Opposition und verlor bis 1933 zunehmend an politischem Einfluss in Bayern, das von der Bayerischen Volkspartei (BVP) regiert wurde.

ARBEITSLOSIGKEIT

Seit der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit steil an. Ende 1932 gab es im Deutschen Reich fast 6 Millionen Arbeitslose, in Bayern waren es knapp eine halbe Million. Die staatliche Unterstützung reichte oft kaum zum Leben. So berichtete der SPD-Abgeordnete Gentner im Landtag über seinen Besuch in der Wohnung eines »Wohlfahrtserwerblosen« im fränkischen Jura:

»Der Mann ist seit 1929 ausgesteuert und von der Gemeinde heuer sieben Wochen und im vorigen Jahr acht Wochen beschäftigt worden. Für die Arbeit hat der Mann, der vier Kinder hat, heuer acht Mark Lohn pro Woche bekommen. Voriges Jahr war es etwas mehr. Die Leute sind darauf angewiesen, in der Umgebung um gute Gaben anzuhalten.
Eine Wohnung – nicht zu beschreiben. Schlafräume für die Kinder, die man als Schlafräume nicht bezeichnen kann. Sogenannte Betten! Kleider, gar nicht zu sagen. Die Leute können ihre Kinder nicht in die Schule schicken, sie können nicht mehr heraus, und die Gemeinde tut nichts.«

(aus: Die Kleinen Leute, S. 120)



Kunftgebung des Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.